

Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

In den Nachmittagsstunden des Sonnabends hat der Reichstag das Ermächtigungsgesetz mit großer Mehrheit angenommen. Bei der näher liegenden Beschlussfassung verließen Deutschnationale und Kommunisten den Saal.

Endlich ist der Abdruck gewis, und die Bevölkerung Deutschlands atmet auf, weil sie mit der am Sonnabend gegebenen Entscheidung aus den Nebeln der Ungewissheit herausgerissen ist. Als die Weimarer Versammlung vor vier Jahren in Kraft trat, wurde sie von ihren Urhebern und Freunden über den grünen Aes gelobt, aber auch Skeptiker stellten sich ein, die von dem Werte der verfassunggebenden Versammlung nicht unbedingt überzeugt waren und ihm kein lauges Leben zutrauten. Heute ist diese Befürchtung noch nicht Wahrheit geworden, aber die Verfassung trinkt und mit ihr das ganze Volk. Das Staatsgefüge muß ins Wanken kommen, seine Selbstfähigkeit wird von Sachverständigen ernstlich bezweifelt, und so hat man sich nach schweren Kämpfen entschlossen, eine Anzahl von Artikeln vorläufig kassieren zu lassen.

Da inzwischen die deutsche Volkswirtschaft sich in heillosen Verwirrung gefürzt sieht, teils durch die französische Ruhr- und Reparationspolitik, teils durch verfehlte gesetzgeberische nationalökonomische Maßnahmen, ist ein gefährlicher Zustand eingetreten, und dieser erzeugte den Wunschgedanken der großen Koalition mit seinem Ausnahmestatus, seinen Notverordnungen, seine Ermächtigungsgesetze.

Es wird der Mehrheit nicht leicht gefallen sein, einem Gesetze zuzustimmen, das diesem dem Freiheitsbegriff ins Gesicht schlägt, und die Spannung, ob sich die nötige Mehrheit zusammenfinden wird, hat die Annahme finden werden, beherzt die Gemüter in Stadt und Land und drückte sich auch in einer kaum zu überbietenden Überlieferung aller Zeitungen aus. Zwar versuchen die Kommunisten, noch im allerletzten Augenblick die Zustimmung durch die Einbringung eines sofort zu erledigenden Antrages zu verzögern, aber der Präsident befehlt die Häufung der Geschäftsordnung fest in der Hand, die Mehrheitsparteien unterstützen ihn, und man konnte endlich nach dem unumstößlichen Geplänkel der Kommunisten zur Abstimmung schreiten. Die Deutschnationalen, die Deutschösterreichischen und die Kommunisten hatten vorher den Saal verlassen, der fast den noch 24 Uhr betrug und damit die verfassungsmäßig vorgeschriebene Mittelfrist erreicht war, von denen 316 für die Vorlage stimmten, vier mit nein, sieben, darunter der Abg. Stinnes, für die Stimme enthielten. Die kleinen Gruppen der bayerischen Volkspartei, des bayerischen Bauernbundes sowie die Deutschnationalen anderer Länder dagegen und der bayerische Volksparteier Dr. Leist erinnerte daran, daß jene Partei erklärt habe, sie werde nicht durch Entfernen aus dem Saal Ostfunktionieren, geleitet von dem Gedanken, die Konfliktmöglichkeiten zwischen dem Reiche und Bayern auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Hoffnung sei nicht erfüllt worden. Bei diesen Worten entstand eine Bewegung im Saal: man dachte unwillkürlich an die Affäre Lohow und machte sich auf ein Abweichen der Bayern aus dem Saale gefaßt. Aber der Redner erklärte: "Wir werden uns trotzdem an den Abstimmungen beteiligen", was mit Beifall aufgenommen wurde.

So verlief die Sitzung ohne die beiden Zwischenfälle, und das Schicksal der Reichstagsaufstellung verflüchtete sich. Ob dieser Ausgang zur Bewältigung der Krise beitragen wird, muß die Zukunft lehren. Es wird der Regierung Möglichkeit in die Hand gegeben wie noch nie. Eine Diktator militärischer Art als Vollziehungsinstrument des höchsten Reichswillens hat sich aufgestellt und ist der Regierung zugefallen worden in der Erwartung, daß sie davon zur Bänderung der Not Gebrauch machen wird. Täglich ist diese Hoffnung, dann hat es der Reichstag noch immer in der Hand, diese Vollmachten zurückzuführen. Diese Möglichkeit ist es, die das Vorhandensein einer so fastlichen Mehrheit für das Gesetz in das Verfassungsgesetz einschneidende Gesetz erklärt. P. R.

Die entscheidende Sitzung.

Die entscheidende Sitzung begann um 1 Uhr 20 Min. bei vollbesetztem Saal. Das Wort erhielt zunächst zur Geschäftsordnung Abg. Stäcker (Komm.). Er stellt den dringenden Antrag, daß die Notlage der Mittelfristigen im gesamten besetzten Gebiet als erster Punkt auf die Tagesordnung gestellt wird.

Präsident Ebe macht den Vorschlag, diesen Antrag als letzten Punkt zu behandeln, denn die beiden Abstimmungen über das Ermächtigungsgesetz seien doch die Hauptfrage.

Abg. Koenen (Komm.) wendet sich gegen die Setzungsverbote und beantragt Aufhebung der Verbote kommunistischer Setzungen. Der Antrag wird infolge Widerspruch abgelehnt. Reichspräsident Ebe: Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kann jetzt

zur Abstimmung geschritten

werden. Es erhält hierzu das Wort der Abg. Ledebour. Er beantragt so lange Aussetzung der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz, bis der Reichstagsrat zustimmend geäußert habe über die hochverordneten Handlungen gewisser Kreise und die angeführten Bestrebungen Bayerns, die der Abg. Frölich hier vorgebracht hat. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten und die Gruppe um Ledebour, er ist somit abgelehnt.

Darauf ergreift unter allgemeiner Spannung im Saal der Führer der Bayerischen Volkspartei Abg. Leichter das Wort. Er erklärt: Vor der Abstimmung der letzten Sitzung haben wir die Erklärung abgegeben, daß wir gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen würden, daß wir aber das Mittel der Ostfunktionierung zur Entfernung aus dem Saale nicht in Anwendung bringen würden. Dabei hat uns der Gedanke geleitet und die Hoffnung, daß die Bitte, die in unserer letzten größeren Erklärung ausgesprochen worden ist, in Erfüllung gehen würde, daß die Abstimmung und die Parteien dazu in der Lage wären, die Konfliktmöglichkeit zwischen Reich und Bayern auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Hoffnung ist selbst

nicht in dem Maße erfüllt worden, wie wir hofften. (wovon Unruhe und Aufregung in Bayern) Trotzdem halten wir an unserer Entscheidung fest (wobei Stäcker) Wir richten aber den letzten Appell an die Regierung und Parteien, im Sinne unserer früheren Erklärung zu handeln.

Darauf wurden in einzeln Abstimmung Einleitung und Übergang des Gesetzes gegen die Stimmen der Deutschnationalen, einiger Volksparteier, darunter Abg. Quack der Deutsch-Bayernpartei und der Bayerischen Volkspartei und der äußersten Linken angenommen. Darauf erfolgte

die zweite Abstimmung

die Schlußabstimmung über das Gesetz. Die Abstimmung ist eine namenfällige. Die Deutschnationalen und die Kommunisten verlassen den Saal, von der Rechten aus kann man bemerken, daß die Abg. Quack und Stinnes eine blaue Karte in der Hand haben, also sich der Stimme enthalten wollten. Abg. Wegeler ist im Saale nicht zu bemerken. Die Deutsch-Bayernpartei haben "Nein-Karten" in der Hand. Ein Teil der Sozialdemokraten scheint sich der Stimme enthalten zu wollen.

Nach 22 Uhr gibt Präsident Ebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Es haben 317 Abgeordnete gestimmt, darunter 21 Abgeordnete in der Mehrheit, als erste der Rechten waren, Präsident Ebe stellt das Mit. A. A. haben gestimmt 316 mit "Nein" 24 Abgeordnete, sieben Mitglieder des Hauses haben sich der Stimme enthalten.

Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Kommunisten mit lauten Pfui-Rufen beantwortet. Unter großer Unruhe des Hauses gibt dann Frölich (Komm.) eine Erklärung ab, deren Inhalt in der Unruhe, die auf allen Seiten herrscht, verloren geht. Man hört nur Namen, u. a. den Namen Stinnes, Wegeler und kann daraus schließen, daß Frölich gegen die Industriefiskalisierung Frölich gerät schließlich mit mehreren Abgeordneten, die ihm wiederholt Zurufe entgegenbringen, in einen heftigen Wortstreit, der von den Reichstagspräsidenten mit dem Hinweis beehret wird, daß die Kommunisten sich wirklich nicht über Zwangsregeln beklagen können, da sie selber sich als Anhänger der Verfassung bezeichnen. Frölich richtet einen Appell an die Arbeiterschaft, gegebenenfalls mit der Waffe in der Hand ihre Rechte zu verteidigen. Die Arbeiterschaft müsse sich für den Generalstreik rufen und bereit sein, ihre Freiheit und ihr Leben zu verteidigen. Darauf wurde noch über zwei Entschuldigungen abgemacht. Für eine Resolution der Reichstagspartei wurde ein Referat in der Halle als alleiniger Abgeordneter der Abg. Schulz-Bronberg (Wall), da seine übrigen Fraktionsgenossen noch alle in den Speisern weilten. Damit war die Tagesordnung erledigt. Präsident Ebe erzieht die Ermächtigung, die nächste Tagesordnung und Sitzung schließlich festzusetzen. Vorausgeschickt wird das Arbeitsgesetz des Reichstags zunächst befristet. Nächste Sitzung entweder Ende nächster Woche, spätestens Anfang übernächster Woche.

Anschließend forderte Abg. Wark (Komm.) Ansetzung der nächsten Sitzung für Montag, wobei zur Beratung kommen sollen Anträge der Kommunisten. Unter 1 Uhr im Saal wurde der Antrag abgelehnt, worauf die Kommunisten den Saal verlassen, nachdem die Sitzung um 2 Uhr die Sitzung für geschlossen erklärt hatte.

Der Reichstag.

Der Reichstag hat am Samstag die Plenarsitzung des Reichstags zu einer öffentlichen Volksversammlung aufgerufen, die vom Minister Solmann geleitet wurde. Mit dem Ermächtigungsgesetz nach den Beschlüssen des Reichstages erklärte sich der Reichstag einverstanden, ohne Einspruch zu erheben. Für Bayern erklärte der Gesandte v. Freger, daß dies an seinem abliegenden Standpunkt festhalte, aber angesichts der Sachlage darauf verzichte, einen Antrag auf Erhebung von Einspruch zu stellen. Minister Solmann erklärte, daß die Regierung, bevor sie wichtige Beschlüsse auf Grund des Ermächtigungsgesetzes fasse, die zuständigen Ausschüsse des Reichstags hören werde.

Preussischer Landtag.

Der Landtag verabschiedete am Sonnabend zunächst die Vorlage betreffend weitere Ausschüsse des Gemeindeförderungsgesetzes vom 1. März 1924. In der vorangehenden Aussprache befragte

Abg. Dr. Winter (Snat.) eine weitere Finanzschiebung der Gemeindeförderung als eine Entziehung der Wähler. Der Wahl lehnte sich danach, daß die roten Parlamentarier, die nicht mehr dem wahren Volkswillen entsprächen, verabschieden.

Abg. Weg (Komm.) glaubte zu wissen, daß der Landtag, wenn er sich heute bis zum 27. November vertage, nie wieder zusammenzutreten werde. Der heutige Tag sei der Todestag des Parlaments, an seine Stelle werde eine Militärverwaltung oder eine andere Diktatur treten. Mit dieser Vorlage wollten die Koalitionsparteien lediglich ihre Macht bewahren.

Abg. Hirsch (Sop.) sprach den Deutschnationalen das Recht ab, sich über Entziehung zu beschweren. In dieser Beziehung hätten die früheren Konventionen genug gelehrt.

Abg. v. Cunen (D. Vp.) erklärte, wenn die Entwicklung der Dinge im Reiche so gehe, wie er es nicht hoffe, dann könnten die Gemeindeförderung immerhin nicht eingelegt werden. Hinter den Forderungen der Deutschnationalen verberge sich ein böser Wunsch.

Das Gesetz wurde unverändert angenommen. Endgültig verabschiedet werden die Entwürfe, wodurch die Beteiligung Preußens an einer gemeinnützigen Grundkreditbank, welche Kleinwohnungen hypothekarisch baulich, auf 100 Millionen erhöht und ferner zur Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung 5000 Millionen ausgemessen werden.

Bei dem Beschluß des Ausschusses über den Zentrumsantrag betr. Beschleunigung der Auszahlung der Bezüge für die Beamten, Geistlichen und deren Hinterbliebenen forderte

Abg. Wiant (Zentr.) in scharfen Worten, daß unerschütterlich dafür gefordert werde, daß eine Zahlungsart eingeführt wird, die eine rechtzeitige Auszahlung der Bezüge verbürge. Es sei unerheblich, wenn die Partei in der Zeit von April bis Oktober nicht mehr als 500 und 600 Millionen (Snat.) triffen die Auszahlungen des Regierungsvorsetzern im Ausmaß der preussische Staat könne die Subventionen für die Arbeit nicht länger tragen, da die

Ausgaben in die Millionen gingen. Der Regierungsvorsetzern müsse sich um einige Millionen gekümmert haben. Abg. Geis (Sop.) nahm die Regierung in Schutz. Die Regierungsvorsetzern seien angehalten worden, hinsichtlich auszugeben. Wenn das Christentum nicht vollständig bankrott machen solle, müßten diejenigen, die sich einen Gelehrten gewährt hätten, mehr für ihn eintreten.

Geheimrat Wismann (Snat.) erklärt, der Staat habe alles getan, um eine möglichst rasche Auszahlung zu gewährleisten.

Abg. Hirsch (D. Vp.) erklärte, daß die Hinterfragen um die Kirche einmal aufhören müßten. Aber für die Übergangszeit könne sich der Staat nicht der Verpflichtung entziehen, für die Geistlichen zu sorgen.

Damit schloß die Aussprache. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Die nächste Aussprache ein sozialdemokratischer Antrag auf Berechtigung von produktiven Notstandsarbeiten und ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen wird angenommen.

Der Präsident schloß nunmehr vor, die nächste Sitzung am 27. November abzuhalten.

Abg. Dr. Winter (Snat.) präferierte gegen eine Vertagung bis Ende November. Der Landtag dürfe sich in der gegenwärtigen politischen Lage nicht auf so lange Zeit ausspannen.

Abg. Dr. Meyer-Spör. (Komm.) gab dem Vordränger Recht. Abg. Dr. Geis (D. Vp.) erklärte, daß im ständigen Zuständig auch die Opposition zu Worte kam und ihre Vorschläge Beachtung fanden.

Ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte wurde angenommen. Ein Antrag der Kommunisten, am Montag eine Sitzung abzuhalten, um das Verbot der Notensatzung zu behandeln, wurde abgelehnt, ebenso der diesfällige Antrag, am 22. Oktober eine Sitzung abzuhalten. Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Der Kärntner Putsch vor Gericht.

Wegen der Vorgänge, die sich am 1. d. M. in Klagenfurt abspielten, ist bei dem zur Aburteilung eingeleiteten außerordentlichen Gericht in Klagenfurt eine Angelegenheit erhoben worden gegen 1. den Major a. D. Ernst Böhmer, 2. den Hauptmann a. D. Franz Beyer, 3. den Kaufmann Hans Gasser in Klagenfurt, 4. den Zahnarzt Moritz Kiege in Klagenfurt, 5. den Oberleutnant a. D. Peter Böhm in Klagenfurt, 6. den Kandidaten der Chemie Gerhard Reichel in Klagenfurt, 7. den Ingenieur Karl Dabrowski in Klagenfurt, 8. den Landwirt Hans Korte in Klagenfurt, 9. den Landwirt Hermann Kuhn in Klagenfurt, 10. den Landwirt Georg Wurgardt in Klein-Donner, Kreis Klagenfurt, 11. den Kaufmann Wilhelm Witzmann in Berlin, 12. den Oberleutnant a. D. Arnold Schrenk in Klagenfurt, 13. den Landwirt Eduard Stobbe in Klagenfurt, Kreis Schwabmünchen, 14. den Oberleutnant a. D. Georg Walter in Klagenfurt.

Die Anklage behauptet die genannten 14 Personen, welche sich sämtlich in Haft befinden, des Hochverrats, weil sie gemeinlich unternehmen haben, die Befugnisse des Deutschen Reiches gewalttätig zu ändern. Da die Anklage nicht dem außerordentlichen Gericht bereits eingeleitet worden ist, so kann damit gerechnet werden, daß die Hauptverhandlung im Laufe der nächsten Woche stattfinden wird. Der Vorsitz im Gericht wird der Landgerichtsdirektor Lamm in Klagenfurt übernehmen. Die Anklage wird durch den Landgerichtsdirektor Lamm in Berlin vertreten werden.

Eine größere Anzahl anderer Personen, die wegen der Vorgänge in Klagenfurt in Haft genommen sind, in ihre Heimat beurlaubt worden, da es sich nicht hat nachweisen lassen, daß sie von den hochverräterischen Absichten ihrer Führer Kenntnis gehabt haben.

Inland und Ausland.

Die Lohnregelung im Kohlenbergbau. Für die Lohnhöhe vom 8. bis 15. Oktober haben die Arbeitgeber und Arbeiterverbände des Kohlenbergbaus in der Reichsministerien geführten Verhandlung die Höhe vereinbart. Danach beträgt der Durchschnittslöhnsatz einschließlich des Hausstands- und Rinderzinses im Ruhrkohlenbergbau 1406 100 000 Mark, im oberdeutschen Steinkohlenbergbau 908 000 000 Mark, im sächsischen Steinkohlenbergbau 843 000 000 Mark und in den Rheinrevieren des mitteldeutschen Braunkohlenbezugs 790 965 000 Mark je Schicht.

Erweiterung des "Daily Mail"-Trusts. "Daily Mail" teilt mit: Die "Daily Mail Trust Ltd." hat für den Preis von 6 Millionen Pfund Sterling eine Anzahl größerer Zeitungen angekauft, darunter in London "Evening Standard", "Daily Echo" und "Sunday Evening" sowie mehrere führendeblätter Manchester.

Berufung im Wobprozeß Dato. Nach einer Meldung aus Madrid hat der Verteidiger der zum Tode Verurteilten im Wobprozeß Dato Berufung gegen das Urteil eingeleitet.

Niederdruckregelung im Ruhrkohlenbergbau. Der Deutsche Arbeiterkongress teilt mit: Die Tarifkommission der deutschen Bergarbeiter einigte sich für die laufende Woche auf Zahlung einer Ausgleichsbeihilfe von 2 Milliarden Mark in der Spitze, zahlbar bis Dienstag, den 16. Oktober. Auf den Lohn ab 13. Oktober ist am Freitag, dem 10. d. M., ein Zuschuß von 6 Milliarden zu zahlen. Die endgültige Festlegung des Lohnes für die Woche ab 13. Oktober erfolgt am Donnerstag, dem 18. Die Schlichtung für das deutsche Bergbauergewerbe beträgt 85 Millionen ab 13. Oktober.

Internationale Zollkonferenz in Genf. Die vom Völkerbund einberufene internationale Konferenz für die Vereinigung der Zollformalitäten teilt Mitteilungen, den 16. 10. in Genf zusammen. Die Konferenz legt sich aus von den Interventionen ernannten Sachverständigen zusammen, wobei letztere nur beratende Stimme haben. 55 Regierungen nehmen an der Konferenz teil, darunter Deutschland, das durch den Regierungsrat Ernst und Oberregierungsrat Dr. Weich, beide vom Reichsfinanzministerium, Geheimrat Schlotmann vom Reichsjustizministerium und den deutschen Konsul in Genf, Dr. Schmidt, vertreten ist.

Allgem. Ortskrankenkasse des Landkr. Mühlhausen i. Th.
Beitragsberechnung
 gültig von 15. bis zum 27. Oktober.
Landwirtschaftliche Arbeiter.

	Beitrag
1. Männl. Arbeiter über 18 Jahre	216 000 000 M.
2. Männl. Arbeiter von 16-18 Jahre	144 000 000 M.
3. Weibl. Arbeiter über 16 Jahre	72 000 000 M.
3. Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahre	72 000 000 M.
Dienstboten.	
1. Männl. u. weibl. über 18 Jahre	108 000 000 M.
2. Männl. u. weibl. von 16-18 Jahre	72 000 000 M.
3. Jugendliche unter 16 Jahre	48 000 000 M.
Freiwillige Mitglieder.	
Die Einstufung erfolgt nach Maßgabe des Verdienstes.	
Niedrigster Beitrag = 145 000 000 M.	
Lehrlinge ohne Entgelt	
Niedrigster Beitrag für Pflichtmitglieder	24 000 000 M.
	36 000 000 M.

Der Beitrag muß von jedem Mitglied wöchentlich gezahlt werden, da wir sonst die Entwertung des Geldes berechnen müssen.
 Mühlhausen i. Thür., den 15. Oktober 1923.
Der Vorstand. Trautwein, Vorsitzender.

Öffentliche Bekanntmachung.
 Unsere Kassenzüge werden voraussichtlich nächsten Donnerstag, den 18. Oktober, ihre Tätigkeit für die Kasse wieder aufnehmen.
 Allgem. Ortskrankenkasse des Landkreises Mühlhausen i. Th.
Der Vorstand. Trautwein, Vorsitzender.

**Roggen
Weizen
Gerste
Hafer**
 verkaufe ich ständig zu den jeweiligen Börsenpreisen an hiesige Einwohner auch in kleinsten Mengen.
Heinrich Saul,
 Getreidegeschäft.

Achtung!
 Offiziere noch zu günstigen Preisen:
 Prima handverlesenes Fußbodenöl
 Prima Leinöl, Terpentin (wasserhell)
 Streichfertige Fußbodenfarben (grün und braun) in Eilo-Büchsen
 Fußbodenlase
 Möbellack, Stuhl- und Tischplattenlack
 Emaillelack, Spiritus- und Öllacke
 Eisen- und Metalllacke
 Kreide, Leim, sämtliche trockenen Farben für Wasser und Ölfarben
 Pinsel, Spachteln, Deckenbürsten in versch. Größen
 Gold- und Silber-Bronzen.
 Es wird auf Wunsch in meiner Werkstatt jeder Farbton freihergestellt angefertigt.
Georg Simon, Malermeister,
 Treffurt, Marktplatz.

Lesen sie die „Berliner Morgen-Zeitung“
 mit ausführlichem Kurznachrichtel, interessanten Zeitartikeln, modernen Romanen und den unterhaltendsten und belehrendsten Abteilungen.
 freihebend und ausschliesslich Zustellung.
 Jedermann in den Provinzstädten und auf dem Lande sollte dieses vorzügliche Blatt neben seinem Lokalblatt lesen.
 Hier abonnieren, dann anfüllen und der Post oder dem Briefträger übergeben.
Post-Bestellschein.
 Bitte nachbenannte Bezugzeit bestellt
 Herr — Frau

Exemplare	Benennung der Zeitungen usw.	Bezugszeit	Betrag Mark
1	„Berliner Morgen-Zeitung“ mit allen Ortsbeilagen	Oktober 1923	21000000

Quittung.
 Obige Mark sind heute richtig bezahlt.
 1923. **Post-Annahme.**

Schafwolle
 gewaschen u. ungewaschen, well
Strickklumpen u. woll. Abfälle
 kaufen übernimmt, Verpinnen z
trick- u. Webgarn
 sowie Verarbeitung von Wolle zu Teppichdecken, evtl. Tausch gegen Stoffe. Gute Fabrikverb.
Wollgarnspinnerei „Frieda“
 Frieda a. Werra.
 Brennpfarrer Amt Eichwege Nr. 236.


 Eine gute Belohnung sichere ich dem zu, der mir nachweist, welche Person am Freitag meinen Zügel-Dobermännchen mit List an sich nahm.
Frau Marg. Wicke,
 Falkenerstr. 14.

Jagdhund
 zugelaufen!
 Gegen Erstattung der Unkosten abzugeben
 Bahnhofstraße 29 I.

Visitenkarten
 liefert schnell und preiswert
Treffurter Nachrichten.

Bleyle's Knaben-Anzüge
 Verlangen Sie Katalog von
C. B. Wiegandt,
 Tel. 41. Grossburschla, Tel. 41.

Fracht-Briefe
 nach den neuesten Bestimmungen mit und ohne Firma liefert schnellstens:
 Buchdruckerei der „Treffurter Nachrichten“ (Stadt-Druck), Treffurt a. W.

Zahnpraxis Zeuch
 Wanfried a. W.
 Sprachzeit 9-6 Uhr.
 Reparatur, sofort. Wäßrige Preise.
Dentist John.

Herbstpflanzung
 nehme ich Bestellungen auf alle Arten Obstbäume und Bierzitronen zu festen Goldmarkpreisen bei entsprechender Anzahlung an
E. Korn, Treffurt.

Eine gebrauchte
Suttermaschine
 zu kaufen gesucht von
Wötger, Falken 33.
 Neue oder gebrauchte, aber gut erhaltene
Schreibmaschine
 und Rechenmaschine zu kaufen gesucht. Eisenach, Schillerstr. 19.

Stadtsparkasse zu Treffurt.
 Bankverbindung: Reichsbanklokale Mühlhausen i. Th. Poltschekkonto Erfurt 40 Fernsprecher 24
Sparabteilung
 Annahme von Spareinlagen bei täglicher Verzinsung zu 10% und höher je nach vereinbarter Kündigungsfrist
 Eröffnung steuerfreier Sparkonten
 Ausleihungen zu mäßigem Zinssatz
Bankabteilung
 Giro- Scheck- und Kontokorrentverkehr
 Inkasso von Wechseln, Schecks und Dokumenten
 Kredit in lfd. Rechnung An- und Verkauf von Wertpapieren
 Realkreditbriefe

Eisenacher Bank
 Romanbärgelgesellschaft auf Aktien
Filiale Treffurt
 Aktienkapital 75.000.000 M.
 Zentrale in Eisenach
Filialen: Mühlhausen i. Th., Großengottern, Greuzburg
Depositenkassen Falken und Großburschla empfiehlt sich zur:
 Ausführung sämtlicher bankgeschäftlicher Angelegenheiten
 Spareinlagen mit hoher Verzinsung, je nach Vereinbarung kurzzeit bis zu 30 %
 Konto-Korrent-Verkehr, Scheck-Verkehr
 Gewährung von Krediten
 An- und Verkauf von Wertpapieren
 Beratung in sämtlichen Börsenangelegenheiten
 Vermögens-Verwaltung

Verkaufsstelle meiner Darmhandlung bei
Christoph Gräbenstein, Treffurt
 Bahnhofstrasse
 errichtet oben.
Karl Rudolf, Mühlhausen.

Die „Tier-Börse“ Dresden = H. 1. eine sehr reichhaltige Zeitschrift auf allen Gebieten der Tierzucht, insbesondere auch der Hundzucht und Hundbegeisterung, erscheint wöchentlich einmal. Die gesamte Kleinanzeigenzeitung: Hunde, Kanarienvögel, Geflügel, Tauben, Ziegen, Schafe usw., Feiner Dohle- und Gartentauben finden darin mit gleicher Sorgfalt Berücksichtigung. Das Studium dieser Zeitschrift fällt zu manchen traurigen Mißverständnissen mit Bezug auf aus. Problemnummer folienlos und unveränderlich vom Verlag Dr. A. vom Döpp, Dresden-A. 1, Bettendorferstr. 29.
 Subskribenten werden durch die Expedition dieses Blattes zu Originalpreisen. Abonnement nimmt jedes Postamt entgegen.

Die billigste, reichhaltigste, interessanteste und gediegenste
Zeitschrift für jeden Kleintier- u. Bänder
 ist und bleibt die illustrierte
Tier-Börse
 Dresden-A. 1
 Wettinerstr. 20
 In der Tier-Börse finden Sie alles Wissenswerte über Geflügel, Hunde, Ziegen, Schafe, Bienen, Aquarien usw. usw.
 Abonnements bitte beim zuständigen Postamt bestellen.
Erklärliche Infektionsorgan
 Inzerate zu Originalpreisen befreit die Expedition dieser Zeitung. Verlangen Sie Problemnummer. Sie erhalten dieselbe gratis und franco

Meine Verlobung mit Fräulein
Henne Rohmann
 beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen.
Heinrich Saul.
 Treffurt, den 15. Oktober 1923.